

Sind diese Voraussetzungen gegeben, so soll der Beitritt zum frühestmöglichen Zeitpunkt, in jedem Falle aber zwischen dem 15.9.1990 und 14.10.1990 erfolgen.

Ich danke Ihnen.

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Vielen Dank, Herr Richter.

Zu diesem Tagesordnungspunkt hat der Ministerpräsident um das Wort gebeten. Bitte, Herr Ministerpräsident.

(de Maiziere: Nein, zu dem nicht.)

Entschuldigung! Das ist mir so übermittelt worden. Vielleicht kann das noch geklärt werden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

**Antrag der Fraktion der SPD,  
betreffend Absichtsbekundung der Volkskammer, den  
Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes  
der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 bis zum  
15. September 1990 zu erklären**  
(Drucksache Nr. 176).

Ich bitte den Vertreter der Fraktion der SPD, den Abgeordneten Schröder, das Wort zur Begründung dieses Tagesordnungspunktes zu nehmen.

**Schröder für die Fraktion der SPD:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Sondersitzung ist einberufen, um den Wahlvertrag zur gesamtdeutschen Wahl zu verabschieden. Wir Politiker haben in dem Streit um diese Fragen keine gute Figur gemacht.

(Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Sie haben gute Figur gemacht - das tröstet.

(Heiterkeit)

Unsere Bevölkerung hat kein Verständnis für diesen Streit, weil sie sich mit schwersten Problemen und Sorgen plagt. Sie wissen, daß ca. 1 Mio Menschen mit Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu tun haben. In der Industrie fließen die Investitionen nicht so, wie erwartet, und in der Landwirtschaft stockt der Absatz. Die Schwierigkeiten im Gefolge der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion sind größer als erwartet.

(Unruhe im Saal)

Ich behaupte noch immer, daß diese Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion richtig war.

(Beifall vor allem bei der Koalition)

Wir mußten das Währungs- und Wirtschaftschaos beenden, das durch die unvorbereitete Öffnung der Mauer entstanden ist.

(Beifall bei der Koalition)

Aber der Erfolg der Operation vom 1. Juli hängt jetzt in der Tat ganz und gar ab von der Nachbehandlung. Wir sind auf dem Weg zur deutschen Einheit und müssen auf diesem Weg auch unsere Probleme vereinigen.

Die Probleme, die wir mitbringen, sind in der Tat erheblich. Wir haben in den zurückliegenden Jahrzehnten keine flexiblen und effektiven Wirtschaftsstrukturen ausbilden können. Daran sind wir nicht schuld.

Wir haben das freie Denken und das freie Handeln nicht hinreichend einüben können. Das war uns verwehrt.

(Beifall bei der Koalition)

Dies alles ist nicht unsere Schuld, und wir sagen den Bundesbürgern, die etwa anderes behaupten sollten: Ihr habt Glück gehabt. Das war kein Verdienst, auf das ihr euch etwas einbilden könnt. Allerdings: Ihr habt etwas daraus gemacht.

Wir sind - das ist unser Urteil - jetzt in der Situation eines Patienten nach der Operation. Nur wenn die Nachbehandlung gelingt, hatte die Operation Erfolg.

(Beifall bei der SPD)

Nur wenn wir, die Deutschen (Ost) und die Deutschen (West), unsere Probleme vereinigen und gemeinsam anpacken, kann die Einigung das werden, was wir allerdings erwartet haben: ein Gewinn, etwas Gutes für uns alle.

Der Einigungsprozeß steht auf Messers Schneide. Er droht, wenn jetzt nichts geschieht, häßlich zu werden.

(Heiterkeit bei der PDS und beim Bündnis 90/Grüne)

Viele in unserem Lande sagen: Wir hier in diesem Teil Deutschlands haben mehr Kriegsfolgenlasten zu tragen gehabt als die Deutschen (West), und jetzt sollen wir etwa auch noch mehr Einigungslasten tragen als die anderen? - Es muß dringend etwas dafür geschehen, daß der Einigungsprozeß nicht häßlich wird.

Wir brauchen Beschäftigungsprogramme und Qualifizierungs-offensiven. Dazu brauchen wir sofort gesamtdeutsche Solidarität, und darüber dürfte in diesem Hause, wie ich hoffe, Konsens bestehen.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD bringt den Antrag ein, den Beitritt nach Artikel 23 Grundgesetz bis zum 15. September vorzusehen, und zwar - das ist wichtig - unter 2 Voraussetzungen:

Erstens vorausgesetzt, daß der 2 + 4-Prozeß bis dahin abgeschlossen ist. Wir sind deshalb gegen einen sofortigen Beitritt, immer noch, und wir sind auch gegen Beitrittsformulierungen, die wie ein sofortiger Beitritt ausgelegt werden könnten. Wir schlagen vor, daß heute eine Absicht bekundet wird. Erst wenn die 4 Siegermächte des zweiten Weltkrieges in den anstehenden Fragen mit den beiden deutschen Staaten einig sind, können wir uns vereinigen. Das sind wir auch der Sowjetunion schuldig, die sich wie wir auf dem Weg zur Demokratie und zur Marktwirtschaft befindet. Wir wollen verlässlich sein, und deshalb darf hier nicht der Verdacht des Eigensinns und der Voreiligkeit aufkommen.

Zweitens vorausgesetzt, daß der Einigungsvertrag bis dahin unter Dach und Fach ist. Der Einigungsvertrag muß eine feste und gerechte Regelung der Eigentumsfragen in der DDR bringen. Um diesen Punkt, der mir besonders wichtig ist, hervorzuheben - ich sage das noch einmal mit allem Nachdruck -: Ohne eine solche Regelung, die auch nötig ist für den inneren Frieden im vereinigten Deutschland, werden wir dem Einigungsvertrag nicht zustimmen können.

(Beifall bei der SPD)

Es darf der Einigung nicht etwa so etwas wie eine bundesdeutsche Landnahme folgen.

(Beifall bei der SPD - Heiterkeit bei der PDS)

Ich muß hier auch einmal zu den Bundesbürgern sprechen, die Eigentumstitel ihrer Eltern und Großeltern in der DDR ohne Umsicht wiederbeleben wollen. Wir bekommen täglich Post zur Eigentumsfrage. Mir liegt ein anonymes Brief vor, den ich sehr ernst nehme. Da schreibt einer: Wenn ich aus meinem Haus raus muß, nehme ich mir das Leben. -

Die Wohnung und das Haus sind für uns DDR-Bürger keine lukrativen Geldanlagen, sondern bei den vielen Unsicherheiten unseres bisherigen und jetzigen Lebens ein Schutzraum, ein biß-